

# Inhalt

<b>Einführung</b> .....	1
A. Nutzung und Schutz von Nord- und Ostsee .....	1
B. Meeresnaturschutz und Vollzugspraxis .....	2
<b>Teil I Grundlagen des Meeresnaturschutzes</b>	
<b>§ 1 Meeresbiodiversität und ihre Gefährdung in Nord- und Ostsee</b> .....	7
A. Artenschwund und Lebensraumverluste .....	7
B. Wesentliche Gefährdungsfaktoren im Überblick .....	9
I. Nährstoff- und Schadstoffbelastungen .....	9
II. Fischerei .....	11
III. Schifffahrt .....	12
IV. Lokale Eingriffe .....	13
C. Erkenntnis- und Bewertungsunsicherheiten .....	16
<b>§ 2 Recht des Meeresnaturschutzes im Überblick</b> .....	19
A. Grundlagen .....	19
I. Meeresnaturschutz als Gegenstand rechtlicher Regelungen .....	19
1. Naturschutzrecht im engeren und weiteren Sinne .....	19
2. Recht des Meeresnaturschutzes als Konglomerat völker-, europa- und nationalrechtlicher Regelungen .....	20
II. Einteilung der Meereszonen und rechtliche Konsequenzen .....	20
1. Innere Gewässer und Küstenmeer .....	21
2. Ausschließliche Wirtschaftszone und Festlandsockel .....	21
3. Hohe See .....	22
B. Thematisch einschlägiges Völkerrecht .....	22
I. Die „Verfassung der Meere“ – Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen .....	23
II. Schutz der Meeresbiodiversität – Übereinkommen über die biologische Vielfalt .....	24
III. Naturschutzrechtliche Vorgaben in regionalen Übereinkommen .....	24

IV. Konventionen mit Bezügen zum marinen Habitat- und Artenschutz .....	25
V. Weitere naturschutzrelevante Abkommen .....	26
C. Recht der Europäischen Union .....	27
I. Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie .....	27
II. Europäisches Naturschutzrecht .....	28
1. Habitat- und Artenschutzrecht .....	28
2. Naturschutzrelevante Rechtsvorschriften .....	29
III. Europäisches Fischereirecht .....	30
D. Nationales Recht .....	31
I. Verfassungsrechtliche Bezüge des Meeresnaturschutzes .....	31
II. Nationales Meeresnaturschutzrecht .....	32
III. Naturschutzrelevantes Recht .....	33

## Teil II Recht des Meeresnaturschutzes im engeren Sinne

<b>§ 3 Aufbau und Schutz mariner Schutzgebiete .....</b>	<b>37</b>
A. Meeresschutzgebiete in völkerrechtlicher Perspektive .....	37
I. Zulässigkeit der Einrichtung von Marine Protected Areas (MPA's) .....	37
II. Völkerrechtliche Vorgaben zum Gebietsschutz .....	38
1. Schutzgebiete als Mittel des Biodiversitätsschutzes (CBD) .....	38
2. Die Schutzgebietsprogramme von HELCOM und OSPAR .....	39
3. Schutz der Lebensräume als Mittel des Artenschutzes (z. B. Bonner und Berner Konvention) .....	40
B. Habitatschutzrechtliche Vorgaben des Unionsrechts im Überblick .....	41
C. Meeresschutzgebiete des Netzes „Natura 2000“ .....	42
I. Rechtsgrundlagen des bundesdeutschen Naturschutzrechts .....	42
II. Einrichtung mariner Natura 2000-Gebiete .....	43
1. Auswahl und Meldeprozess .....	43
a. Auswahl und Meldung mariner Vogelschutzgebiete .....	45
b. Auswahl und Meldung mariner FFH-Gebiete .....	46
2. Erklärung zum besonderen Schutzgebiet .....	48
a. Pflicht zur rechtsverbindlichen Unterschutzstellung .....	48
b. Geeignete Schutzkategorien .....	49
c. Inhalt der Schutzzerklärung .....	50
aa. Bestimmung des Schutzzwecks .....	50
bb. Bestimmung der Gebietsbegrenzungen .....	52
cc. Gewährleistung des europäischen Mindestschutzes .....	52
(1) Unterschutzstellung mariner Natura 2000-Gebiete in den Küstengewässern .....	52
(2) Unterschutzstellung mariner Natura 2000-Gebiete im Bereich der AWZ .....	53
3. Bestand der Schutzgebiete im Küstenmeer und in der AWZ .....	54

III. Mechanismen des Gebietsschutzes nach der Erklärung zum besonderen Schutzgebiet – dargestellt am Beispiel der Naturschutzgebiete „Östliche Deutsche Bucht“ und „Pommersche Bucht“ .....	55
1. Grundlagen und Überblick .....	56
2. Verbote, Ausnahmen, Befreiungen .....	56
a. Inhalt und Reichweite der Verbote .....	56
aa. Aquakulturen und Verklappung von Baggergut (§ 4 Abs. 2 NSG-VO) .....	56
bb. Verbote des § 4 Abs. 1 NSG-VO .....	57
(1) Künstliche Inseln, Anlagen, Bauwerke (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 NSG-VO) .....	57
(a) Tatbestandsmäßige Handlungen .....	57
(b) Begrenzung der Reichweite des Verbots .....	58
(2) Schutzgutbezogene Handlungen (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 NSG-VO) .....	60
(a) Tatbestandsmäßige Handlungen .....	60
(b) Begrenzung der Reichweite des Verbots .....	61
b. Ausnahmen und Befreiungen nach § 6 NSG-VO .....	62
aa. Grundlagen .....	62
bb. Ausnahmen .....	63
cc. Befreiungen .....	63
c. Befreiungen nach § 67 Abs. 2 BNatSchG .....	64
3. Verträglichkeits- und Ausnahmeprüfung bei bestimmten Vorhaben und Maßnahmen (§ 5 Abs. 1 NSG-VO) .....	65
a. Vorhaben und Maßnahmen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 NSG-VO .....	66
b. FFH-Vorprüfung („Screening“) .....	67
c. FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP) .....	68
aa. Auswirkungsprognose .....	68
bb. Bewertungen der Auswirkungen – Erheblichkeitsbeurteilung .....	69
cc. Durchführung der Prüfung – Dokumentation .....	72
d. Ausnahmeprüfung .....	73
aa. Ordnungsgemäße FFH-VP als Anwendungsvoraussetzung des § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG .....	73
bb. Zumutbare Alternativen .....	73
cc. Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses .....	75
dd. Kohärenzausgleich in marinen Bereichen .....	78
e. Integration habitatschutzrechtlicher Prüfungen in fachbehördliche Zulassungsverfahren .....	79
4. Verträglichkeits- und Ausnahmeprüfung bei Plänen .....	79
a. Aussage und Bedeutungsgehalt des § 5 Abs. 2 S. 1 NSG-VO ...	80

b. Verträglichkeitsprüfung bei Eignungsgebietsfestlegungen ...	80
c. Ziele und Grundsätze der Raumordnung in der AWZ .....	81
IV. Mechanismen des Gebietsschutzes vor der Erklärung zum besonderen Schutzgebiet .....	81
1. Gebietskategorien .....	82
2. Gebiete der Gemeinschaftsliste vor ihrer Unterschutzstellung ...	82
a. Grundlagen .....	82
b. Das allgemeine Verschlechterungs- und Störungsverbot .....	83
c. Zulassung von Projekten .....	85
aa. Projektbegriff .....	85
bb. Verträglichkeits- und Ausnahmeprüfung .....	86
(1) Erfordernis einer FFH-Vorprüfung .....	86
(2) Erhaltungsziele als Bewertungsmaßstab der Verträglichkeitsprüfung .....	86
(3) Erheblichkeitsbeurteilung und Erheblichkeitsschwellen .....	87
(4) Ausnahmeprüfung .....	89
(5) Trägerverfahren der habitatschutzbezogenen Prüfung .....	89
d. Zulassung von Plänen .....	89
3. Vorverlagerung des Gebietsschutzes .....	90
a. Faktische Vogelschutzgebiete .....	90
b. Potenzielle FFH-Gebiete .....	91
D. Nationale Meeresschutzgebiete .....	93
E. Fortentwicklung des Gebietsnetzes .....	94
I. Anforderungen des europäischen Habitatschutzrechts .....	94
II. Vorgaben der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie .....	95
<b>§ 4 Gesetzlich geschützte Biotope .....</b>	<b>97</b>
A. Geschützte Biotoptypen im Meeresbereich .....	97
B. Das maßgebliche Schutzregime .....	98
I. Zerstörungs- und Beeinträchtigungsverbot .....	98
II. Geltungsgrenzen des Zerstörungs- und Beeinträchtigungsverbots ...	100
1. Geltung der Verbote im Meeresbereich der AWZ .....	100
2. Gewinnung von Bodenschätzen .....	101
3. Fischerei .....	101
III. Ausnahmen und Befreiungen .....	103
1. Erteilung einer Ausnahme .....	103
2. Befreiung .....	104
<b>§ 5 Mariner Artenschutz .....</b>	<b>107</b>
A. Anforderungen des internationalen und europäischen Rechts .....	107
I. Artenschutz als Gegenstand des Völkerrechts .....	107
1. Biodiversität und Artenschutz .....	108
2. Spezifische Vorgaben einschlägiger Artenschutzkonventionen ...	109
a. Jagd, Tötung, Naturentnahme .....	110

b. Störung .....	112
c. Schutz der Lebensstätten .....	113
II. Europäisches Artenschutzrecht .....	114
B. Mariner Artenschutz im Naturschutzrecht des Bundes .....	115
I. Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG .....	116
1. Geschützte Arten im marinen Bereich .....	116
2. Verbotene Handlungen .....	117
a. Jagd, Tötung, Naturentnahme .....	117
b. Erhebliche Störungen .....	119
c. Schädigung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten .....	123
3. Geltungsgrenzen der Zugriffsverbote .....	124
a. Geltung der Zugriffsverbote im Meeresbereich der AWZ ....	124
b. Privilegierung bestimmter Handlungen .....	125
aa. Fischereiwirtschaftliche Bodennutzung .....	125
bb. Eingriffsvorhaben .....	126
cc. Gesetzlich geforderte Umweltprüfungen .....	128
II. Ausnahmen, § 45 Abs. 7 BNatSchG .....	129
1. Voraussetzungen der Erteilung einer Ausnahme .....	129
a. Ausnahmegründe .....	129
b. Alternativlosigkeit .....	132
c. Erhaltungszustand der Populationen .....	133
aa. Artenschutzrechtliches Verschlechterungsverbot .....	134
bb. Weitergehende Anforderungen des Art. 16 FFH-RL .....	136
2. Behördliches Ermessen .....	139
<b>§ 6 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung .....</b>	<b>141</b>
A. Veränderungen im Meeresbereich als Eingriff in Natur und Landschaft ....	141
I. Eingriffshandlung – Grundflächenbezug relevanter Einwirkungen ...	142
II. Eingriffswirkung – Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und Landschaftsbildes .....	143
1. Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts .....	143
2. Landschaftsbild .....	144
III. Privilegierung der fischereiwirtschaftlichen Bodennutzung .....	145
B. Das Eingriffsfolgenregime .....	145
I. Geltungs- und Anwendungsgrenzen des § 15 BNatSchG .....	146
II. Bewältigung der Eingriffsfolgen .....	147
1. Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen .....	147
2. Pflicht zur Naturalkompensation .....	149
3. Versagung des Eingriffs .....	151
4. Ersatzgeld .....	153
III. Zuständigkeit und Verfahren .....	153
<b>§ 7 Haftung für Umweltschäden im Bereich der Meeresbiodiversität .....</b>	<b>155</b>
A. Grundlagen .....	155
B. Kernfragen der Einstandspflicht für Schädigungen der Meeresbiodiversität .....	156

I. Anwendungsbereich .....	156
II. Biodiversitätsschäden im Meeresbereich .....	157
1. Die maßgeblichen Schutzgüter .....	157
2. Erheblich nachteilige Auswirkungen .....	158
3. Legalausnahmen .....	160
III. Der Verantwortliche .....	161
IV. Einstandspflichten im Überblick .....	161
C. Bedeutung der Einstandspflicht für lokale Eingriffe .....	162

### Teil III Schutz von Arten und Lebensräumen vor lokalen Eingriffen

<b>§ 8 Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen</b> .....	167
A. Thematisch einschlägige Vorgaben des Völker- und EU-Rechts .....	167
I. Völkerrecht .....	167
II. EU-Recht .....	168
B. Bundesberggesetz (BBergG) .....	168
I. Grundlagen .....	169
II. Bergrechtliches Konzessionsverfahren .....	170
1. Zuständigkeit und Verfahren .....	170
2. Naturschutz als Versagungsgrund .....	171
III. Bergrechtliche Betriebspläne .....	173
1. System der Betriebspläne im Überblick .....	173
2. Zulassung herkömmlicher bergrechtlicher Betriebspläne .....	174
a. Das Betriebsplanzulassungsverfahren .....	174
aa. Einreichung des Betriebsplans .....	174
bb. Beteiligung anderer Behörden .....	175
cc. Naturschutzbezogene Verfahrensanforderungen .....	175
b. Naturschutz im bergbehördlichen Prüfungsprogramm .....	177
aa. Zulassungsvoraussetzungen des § 55 BBergG .....	177
(1) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 BBergG .....	177
(2) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 BBergG .....	178
(3) § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 13 BBergG .....	180
(4) Konkretisierung durch die Festlandsockel- Bergverordnung .....	180
bb. Ergänzung des Prüfprogramms durch § 48 Abs. 2 BBergG .....	181
(1) Habitatschutzrechtliche Anforderungen .....	181
(2) Schutzbestimmungen des Biotop- und Artenschutzrechts .....	182
(3) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung .....	183
c. Zusätzliche naturschutzrechtliche Gestattungen .....	183
3. Die bergrechtliche Planfeststellung .....	184
a. Planfeststellungspflichtige Vorhaben .....	184
b. Das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren .....	185
aa. Behördliches Verlangen und Scoping .....	185
bb. Vorzulegende Unterlagen .....	186

cc. Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung .....	187
dd. Zusammenfassende Darstellung .....	188
c. Planfeststellungsbeschluss .....	188
4. Rechtsfragen des Habitatschutzes im bergrechtlichen	
Betriebsplanverfahren .....	189
a. Rahmenbetriebsplan als maßgebliche Verfahrensstufe für	
die habitatschutzrechtlichen Prüfungen .....	189
b. Habitatschutz bei der Zulassung von Haupt- oder	
Sonderbetriebsplänen .....	190
<b>§9 Errichtung und Betrieb von Anlagen .....</b>	<b>193</b>
A. Thematisch einschlägige Vorgaben des Völker- und EU-Rechts .....	193
I. Völkerrecht .....	193
II. EU-Recht .....	194
B. Errichtung und Betrieb von Seeanlagen .....	195
I. Geltungsbereich .....	195
II. Genehmigungserfordernis .....	196
III. Zuständigkeit und Verfahren .....	196
1. Antrag und Unterlagen .....	197
2. Beteiligung von Behörden und sonstigen Stellen .....	197
3. Umweltverträglichkeitsprüfung .....	198
IV. Versagung der Genehmigung – Das materielle	
Prüfungsprogramm .....	199
1. Gefährdung der Meeresumwelt .....	200
a. Die Regelbeispiele .....	200
aa. Besorgnis der Verschmutzung der Meeresumwelt .....	200
bb. Gefährdung des Vogelzuges .....	201
b. Grundtatbestand einer Gefährdung der Meeresumwelt .....	201
2. Überwiegende öffentliche Belange .....	203
a. Erfordernisse der Raumordnung .....	203
b. Sonstige überwiegende öffentliche Belange .....	204
aa. Habitatschutzrecht .....	204
bb. Biotop- und Artenschutz .....	206
cc. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung .....	206
V. Zusätzliche naturschutzrechtliche Gestattungen .....	207
VI. Verlängerung der Genehmigung .....	207
C. Änderungen der Seeanlagenverordnung .....	209
D. Errichtung und Betrieb von Anlagen in Küstengewässern –	
dargestellt am Beispiel der Windkraftnutzung .....	210
I. Grundlagen .....	210
II. Genehmigungsbedürftigkeit .....	211
III. Genehmigungsverfahren .....	211
IV. Materiell-rechtliche Anforderungen .....	212
1. Immissionsschutz .....	213
a. Schädliche Umwelteinwirkungen .....	213
b. Sonstige schädliche Einwirkungen .....	215

2. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften .....	216
a. Bauplanungsrecht .....	216
b. Wasserrecht .....	217
c. Naturschutzrecht .....	217
<b>§ 10 Einbringung von Stoffen und Gegenständen .....</b>	<b>219</b>
A. Vorgaben des Seevölkerrechts .....	219
I. Universelle seevölkerrechtliche Regelungen über die Verschmutzung der Meeresumwelt durch das Einbringen von Stoffen .....	219
1. Vorgaben aus dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) .....	219
2. Londoner Dumping Konvention mit ihrem Zusatzprotokoll von 1996 .....	220
a. Schutzgut und räumlicher Anwendungsbereich .....	221
b. Völkerrechtlicher Einbringungsbegriff und völkerrechtliches Einbringungsverbot .....	221
c. Ausnahmen vom Einbringungsverbot .....	222
II. Regelungen in regionalen Übereinkommen – Helsinki- Übereinkommen und OSPAR-Übereinkommen .....	222
B. Einbringung außerhalb des Küstenmeeres .....	224
I. Umsetzung seevölkerrechtlicher Vorgaben im nationalen Recht .....	224
II. Geltungsbereich – Einbringungsbegriff .....	224
III. Grundsätzliches Einbringungsverbot im deutschen Recht und Ausnahmen .....	225
IV. Erlaubniserteilung .....	227
1. Zuständigkeit .....	227
2. Naturschutzbezogene Gehalte des § 5 Hohe-See-EinbrG und Bedeutung der Anforderungen des Naturschutzrechts für die Erlaubnis .....	227
C. Einbringung im Küstenmeer .....	228
I. Reform des Wasserrechts – Verfassungsrechtliche Grundlage und bundesrechtliche Regelung .....	229
II. Einbringen von Stoffen als „Benutzung“ von Gewässern – Bundesrechtliche Regelungen für das Küstenmeer und landesrechtliche Abweichungen .....	229
<b>§ 11 Sonstige Vorhaben .....</b>	<b>233</b>
A. Transit-Rohrleitungen und Unterwasserkabel .....	233
I. Thematisch einschlägige Vorgaben des Völker- und EU-Rechts ....	233
1. Völkerrecht .....	233
2. EU-Recht .....	235
II. Anforderungen des nationalen Rechts .....	235
1. Verlegung und Betrieb auf dem Festlandsockel .....	235

a. Genehmigung von Transit-Rohrleitungen .....	235
aa. Zuständigkeit und Verfahren .....	236
bb. Versagungsgründe .....	237
(1) Überblick .....	237
(2) Naturschutz als Versagungsgrund .....	237
(a) Unvertretbare Beeinträchtigung der Pflanzen- und Tierwelt .....	237
(b) Bedeutung des Habitat-, Biotop- und Artenschutzrechts .....	240
(c) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung .....	241
b. Verlegung und Betrieb von Unterwasserkabeln (§ 133 Abs. 4 BBergG) .....	241
2. Rohrleitungen und Unterwasserkabel im Küstenmeer .....	241
B. Untergrundspeicherung .....	242
C. Sonderfall der Speicherung von CO <sub>2</sub> im Meeresgrund .....	242
I. Völkerrechtliche Zulässigkeit der Speicherung von CO <sub>2</sub> im Meeresuntergrund .....	243
II. Vorgaben des europäischen Rechts .....	244
III. Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland .....	245
<b>§ 12 Wissenschaftliche Meeresforschung .....</b>	<b>247</b>
A. Vorgaben des Seevölkerrechts .....	247
I. Recht auf Meeresforschung und ihre Umweltpflichtigkeit .....	248
1. Geeignete Methoden und Mittel .....	248
2. Keine Beeinträchtigung anderer Meeresnutzungen .....	248
3. Bindung an das internationale, regionale und nationale Meeresumweltrecht .....	248
4. Folgenbeseitigung – Auflage der Entfernung von Anlagen oder Ausrüstungen nach Abschluss der Forschungsarbeiten, Art. 249 Abs. 1 lit. g SRÜ .....	249
5. Ergänzung der Umweltpflichtigkeit durch eine Haftungsregelung, Art. 263 SRÜ .....	249
II. Küstenstaatliche Rechte und Regelungsbefugnisse im Bereich der AWZ und des Festlandssockels .....	250
1. Versagung der Zustimmung zu fremder Meeresforschung durch den Küstenstaat .....	250
a. Versagung nach Art. 246 Abs. 5 lit. a SRÜ – Ressourcenbezug .....	250
b. Versagung nach Art. 246 Abs. 5 lit. b SRÜ – Spreng- und Schadstoffe .....	251
c. Versagung nach Art. 246 Abs. 5 lit. c SRÜ – Inseln, Anlagen und Bauwerke .....	252
2. Die Pflicht zur Zustimmung zu Vorhaben der Meeresforschung „unter normalen Umständen“ .....	253
3. Zusammenfassung .....	254

B. Anforderungen des nationalen Rechts .....	254
I. Gesetz über die Durchführung der wissenschaftlichen Meeresforschung .....	254
II. Forschungshandlungen in Bezug auf den Festlandsockel (§ 132 BBergG) .....	255
1. Forschung zur Entdeckung von Bodenschätzen .....	255
2. Forschungshandlungen ohne Bezug zur Aufsuchung von Bodenschätzen .....	256
a. Anwendungsbereich der Regelung des § 132 BBergG .....	256
b. Genehmigungsvorbehalt und Versagungsermessen .....	257
c. Angaben im Antrag – Anforderungen und Versagung .....	257
d. Versagung wegen entgegenstehender überwiegender öffentlicher Belange .....	258
aa. Beeinträchtigung von Schifffahrtsanlagen und -zeichen .....	258
bb. Unvertretbare Beeinträchtigungen anderer Meeresnutzung und der Pflanzen- und Tierwelt .....	258
cc. Vermeidbare Beeinträchtigungen des Legens, der Unterhaltung und des Betriebes von Unterwasserkabeln und Rohrleitungen .....	260
e. Besorgnis der Verunreinigung der Meere .....	261
f. Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland .....	262

#### **Teil IV Schutz von Arten und Lebensräumen vor Beeinträchtigungen durch die Seeschifffahrt und die Fischerei**

<b>§ 13 Seeschifffahrt</b> .....	265
A. Seevölkerrechtliche Vorgaben im Überblick .....	265
B. Erlass von allgemeinverbindlichen schiffsbedingten Restriktionen (Durchfahrt und Einleitung) durch die IMO .....	266
I. Nord- und Ostsee: Sondergebiete gemäß MARPOL 73/78 .....	266
II. Schiffswegeföhrung: Einrichtung eines zu meidenden Gebiets i.S.v. SOLAS 74 auf Grundlage der Richtlinien aus Res. A. 572 (14) IMO .....	268
1. Rechtsgrundlage .....	268
2. Materielle Voraussetzungen und Vorgaben für die Ausgestaltung .....	270
a. Allgemeines .....	270
b. Planungsfaktoren .....	270
c. Besondere Anforderungen an die Festlegung zu meidender Gebiete .....	270
d. Gestaltungsvorgaben .....	271
3. Verfahren .....	273
4. Zusammenfassung .....	274

III. Einrichtung eines besonders empfindlichen Meeresgebietes (PSSA) nach den Empfehlungen aus Res. A. 982 (24) IMO .....	275
1. Rechtsnatur und Gestaltungsmöglichkeiten .....	275
2. Anforderungen .....	276
a. Materielle Voraussetzungen .....	276
aa. Ökologische Kriterien .....	276
bb. Soziale, kulturelle und ökonomische Kriterien .....	276
cc. Wissenschaftliche und edukative Kriterien .....	277
dd. Verletzlichkeit bzw. Schutzbedürftigkeit .....	277
b. Gestaltungsanforderungen .....	277
c. Verfahren .....	278
aa. Initiative und Antrag .....	278
bb. Vorschlag von Schutzmaßnahmen .....	278
cc. Zuständige Organe und Entscheidungsmaßstäbe .....	279
dd. Entscheidung und Implementierung .....	280
d. Zusammenfassung .....	280
C. Schifffahrtsbedingte Restriktionen der Küstenstaaten .....	281
I. Erlass von Schifffahrtsbeschränkungen in der AWZ .....	281
1. Restriktionen durch die Küstenstaaten nach Art. 211	
Abs. 6 SRÜ .....	281
a. Art. 211 Abs. 5 SRÜ .....	281
b. Art. 211 Abs. 6 lit. a SRÜ .....	281
c. Ergänzende Befugnisse nach Art. 211 Abs. 6 lit. c SRÜ ....	283
d. Bewertung .....	284
2. Regelungen nach deutschem Recht .....	284
a. Gewährleistung der Schifffahrtsfreiheit nach § 57 Abs. 3	
Nr. 1 BNatSchG im Bereich geschützter Meeresflächen ...	284
b. Schifffahrtsfreiheit und Biotop- und Artenschutz .....	285
c. Beschränkung durch § 4 BNatSchG .....	285
II. Erlass von Schifffahrtsbeschränkungen im Küstenmeer .....	286
1. durch die Küstenstaaten gemäß Art. 211 Abs. 4 SRÜ .....	286
2. nach nationalem Recht .....	287
<b>§ 14 Fischerei</b> .....	289
A. Internationale und europäische Vorgaben .....	289
I. Völkerrechtliche Vorgaben .....	289
1. Seevölkerrecht .....	289
a. Innere Gewässer und Küstenmeer .....	289
b. Ausschließliche Wirtschaftszone .....	290
c. Festlandsockel .....	291
d. Sonderregelungen für besondere Fischbestände und Meeressäugtiere .....	292
aa. Grenzüberschreitende und gebietsübergreifende	
Fischbestände .....	292
bb. Weit wandernde Arten .....	293

cc. Meeressäugetiere .....	293
dd. Anadrome Fischbestände .....	295
ee. Katadrome Fischbestände .....	295
2. FAO Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei (CCRF) .....	296
3. Regionales Umweltvölkerrecht .....	297
a. OSPAR-Übereinkommen .....	297
b. Helsinki-Übereinkommen (HÜ) .....	298
II. Europäisches Unionsrecht – Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) .....	302
1. Ziele, Kompetenzfragen und Regelungsbereiche .....	302
2. Regelungsbereiche der Gemeinsamen Fischereipolitik .....	306
3. Ziele und Instrumente der Gemeinsamen Fischereipolitik mit Naturschutzrelevanz .....	309
a. Ziele und Grundsätze – „Ökosystemorientierter Ansatz“ und nachhaltige Nutzung .....	309
b. Das Instrumentarium zur Bestandserhaltung nach der FGV 2002 .....	310
aa. Festsetzung von zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) und Quoten .....	310
bb. Mehrjährige Bewirtschaftungs- und Wiederauffüllungspläne .....	311
cc. Sofortmaßnahmen der Kommission (oder eines Mitgliedstaats) nach Art. 7 (und Art. 8) FGV 2002 (Dringlichkeitsverfahren) .....	312
dd. Maßnahmen der Mitgliedstaaten gegenüber Fischereifahrzeugen unter eigener Flagge, Art. 10 FGV 2002 .....	313
ee. Maßnahmen des Mitgliedstaats in der 12-Seemeilen-Zone, Art. 9 FGV 2002 .....	313
4. Bestandsmanagement im Rahmen der GFP: weitere Systematisierung und Beispiele mit Naturschutzrelevanz .....	314
a. Jährliche „TAC-Verordnungen“ und die künftige Rechtslage .....	314
b. Verbotene und geschonte Arten, Fangbeschränkungen für Arten .....	316
c. Unbeabsichtigte Beifänge von Seevögeln und Walen .....	317
d. Gebietsbezogene Fischereibeschränkungen u. a. zum Schutz empfindlicher mariner Lebensräume .....	318
e. Fischereischutzzonen .....	320
5. Kurzanalyse dieser Maßnahmen .....	320
B. Gebietsbezogene Beschränkungen der Fischerei .....	321
I. Beschränkung der Fischerei in geschützten Meeresgebieten des Netzes Natura 2000 .....	321
1. Natura 2000 im Bereich der AWZ und des Festlandssockels ....	321

a. Einschlägige Regelungen des nationalen Naturschutzrechts .....	321
b. Zum Erfordernis einer Beschränkung der Fischerei in Natura 2000-Gebieten .....	322
c. Möglichkeiten zur restriktiven Steuerung der Seefischerei .....	324
aa. Fischereiliche Maßnahmen nach der FGV 2002 .....	324
(1) Maßnahmen der Mitgliedstaaten für Fischereifahrzeuge unter eigener Flagge .....	324
(2) Sofortmaßnahmen nach Art. 8 FGV 2002 .....	325
(3) Weitere spezifisch Fischereiliche Maßnahmen .....	325
bb. Fischereibeschränkungen nach dem Non-Paper der Kommission .....	326
2. Natura 2000 im Bereich des Küstenmeeres und der inneren Gewässer .....	327
a. Normative Regelung und Kompetenzen .....	327
b. Fischereibeschränkungen nach dem EU-Recht .....	328
aa. Maßnahmen der Mitgliedstaaten für Fischereifahrzeuge unter eigener Flagge .....	328
bb. Maßnahmen der Mitgliedstaaten in der 12-Seemeilen-Zone .....	328
cc. Sofortmaßnahmen nach Art. 8 FGV 2002 .....	330
c. Fischereibeschränkungen in Natura 2000-Gebieten .....	330
3. Seefischerei in Natura 2000-Gebieten als Projekt? .....	330
4. Verfahren der Verträglichkeitsprüfung bei der Grundfischerei .....	334
II. Beschränkung der Fischerei in geschützten Meeresgebieten außerhalb des Netzes Natura 2000 .....	336
III. Einrichtung fischereifreier (oder fischereibeschränkter) Zonen ....	337
1. Schutzbeitrag .....	337
2. Bestehende Fischereischutzzonen in der AWZ und auf dem Festlandsockel .....	337
3. Schonbezirke und Beschränkungen in Küstengewässern .....	338
C. Fischerei und Artenschutz (insbesondere Beifang) .....	339

## **Teil V Überwachung und Durchsetzung naturschutzbezogener Anforderungen**

<b>§ 15 Grundlagen .....</b>	<b>343</b>
------------------------------	------------

<b>§ 16 Verteilung behördlicher Aufgaben .....</b>	<b>345</b>
----------------------------------------------------	------------

A. Überwachung der Einhaltung des Naturschutzrechts .....	345
-----------------------------------------------------------	-----

I. Naturschutzbehörden .....	345
------------------------------	-----

II. Gegenstand der Überwachung .....	346
--------------------------------------	-----

B. Überwachung von Vorhaben und Anlagen .....	347
I. Bergaufsicht .....	347
II. Überwachung von Offshore-Anlagen .....	348
III. Unterwasserkabel und Rohrleitungen .....	349
IV. Einbringung von Stoffen und Gegenständen .....	350
C. Überwachung der Seeschifffahrt .....	351
D. Überwachung der Fischerei .....	352
<b>§ 17 Repressives Einschreiten .....</b>	<b>357</b>
A. Einschreiten bei formell legalen Handlungen oder Aktivitäten .....	357
B. Einschreiten bei formell illegalen Handlungen .....	359
 <b>Teil VI Meeresnaturschutz in konzeptionell-planerischer Perspektive</b>	
<b>§ 18 Vorgaben der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie .....</b>	<b>363</b>
A. Ziel, Gegenstand und Anwendungsbereich der Richtlinie .....	363
B. Meeresstrategien der Mitgliedstaaten .....	365
I. Vorbereitungsphase .....	365
II. Erstellung der Maßnahmeprogramme .....	366
1. Konzeptionsphase .....	367
2. Integrationsphase .....	367
3. Ausnahmen .....	368
C. Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland .....	369
D. Beitrag zum Meeresnaturschutz .....	370
<b>§ 19 Maritime Raumplanung .....</b>	<b>371</b>
A. Maritime Raumordnung im Lichte des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen .....	371
B. Maritime Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland .....	372
I. Raumordnung im Küstenmeer .....	372
II. Raumordnung in der AWZ .....	373
<b>§ 20 Integriertes Küstenzonenmanagement .....</b>	<b>377</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>379</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>391</b>